

CDU SACHSEN

Herzensgute Menschen

Sächsische CDU-Abgeordnete suchen den Kontakt zu Flüchtlingsgegnern. Auch weil sie inhaltlich manche Positionen teilen – und weil man sich persönlich kennt.

VON Susanne Kailitz | 17. Dezember 2015 - 13:11 Uhr

© Sebastian Kahnert/dpa

Willkommene Gesprächspartner für manche in der sächsischen CDU: Teilnehmer der Pegida-Kundgebung am Montag in Dresden

Berührungsängste? Die kennt Sebastian Fischer nicht, weder im direkten Kontakt noch im virtuellen Raum. Der sächsische CDU-Landtagsabgeordnete ist derzeit überall dabei, wo es um die Ängste von Bürgern vor Fremden und Flüchtlingen geht: auf Demonstrationen sogenannter Asylgegner, bei Pegida, in Facebookgruppen wie "Betroffene von Ausländerkriminalität in Sachsen".

Das, so sagt er, sei sein Job als direkt gewählter Abgeordneter, ganz egal, ob ihm das schlechte Presse bringe oder nicht. "Ich muss mit den Leuten reden; ich muss das aufnehmen, was sie umtreibt." Er gehe bewusst in diese Diskussionen, um Vorurteile Argumente gegenüber zu stellen und den Menschen das Gefühl zu geben, dass die Politik sie ernst nehme und nicht einfach nur abtue.

Dass Fischer im Frühjahr gern bei Pegida gesprochen hätte, hat vor allem außerhalb Sachsens viele irritiert. Er selbst sieht die Ablehnung seines Angebots durch die Organisatoren als Erfolg. "Damit hat Bachmann sich doch ganz klar selbst bloßgestellt und eingeräumt, dass er Angst vor der Diskussion hat." Ihm selbst blieb dadurch eine Debatte über eine Verbandelung mit der rechten Bewegung erspart.

Die anderen Parteien tun sich schwer mit dem, was sich seit mehr als einem Jahr an rechten Bestrebungen entwickelt und durch die Flüchtlingskrise noch verstärkt hat. Auch die Bundes-CDU grenzt sich klar von der AfD und von Pegida ab. In der sächsischen CDU suchen aber einige bewusst den Kontakt zu denen, die das bestehende politische System ablehnen, denen Politiker als "Volksverräter" gelten und die nach Einschätzung vieler Beobachter für die parlamentarische Demokratie eigentlich verloren sind.

Für Fischer ist die Annäherung an den rechten Rand dagegen bewusste Strategie: Der 34-Jährige gehört zu denjenigen in seiner Partei, die die CDU auf patriotischeren Kurs bringen wollen und glauben, eine Repräsentationslücke zu erkennen, weil ihre Partei zu links geworden sei und die demokratischen Rechte nicht mehr ausreichend vertrete. Dass er sich so vehement den zuwendet, die für Volksvertreter auch mal einen Galgen dabei haben, erstaunt dennoch: Immerhin regiert die CDU in Sachsen seit 1990. Sie vertritt also genau den Staat, gegen den sich die Pegida-Leute wenden.

Und nicht immer ist es nur politisches Kalkül, das sächsische CDUler an die Ränder und darüber hinaus treibt. Dass man als Volksvertreter nicht zimperlich sein dürfe, mit wem man rede, davon ist auch Fischers Fraktionskollegin Ines Saborowski-Richter überzeugt. Und wohl auch davon, dass man sich da, wo der Bürgerunmut brodelte, ganz wohl fühlen kann: Sie lief noch bis vor Kurzem bei "Schweigemärschen" im sächsischen Chemnitz mit, als Anwohner im Stadtteil Einsiedel gegen die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge protestierten. Sie könne die Bedenken "meiner Einsiedler", wie sie die Anwohner nennt, verstehen, sagt sie: "In einem Stadtteil mit 2.500 Einwohnern sind 500 Flüchtlinge schon eine Hausnummer." Es gebe sehr viele Dinge, die gegen die Unterkunft sprächen: die schlechte Verkehrsanbindung, Sicherheitsbedenken, die Wasserversorgung, die wenigen Einkaufsmöglichkeiten. Und die Wut der Anwohner, deren Bauanträge immer wieder abgelehnt worden seien und die nun mit ansehen müssten, wie für die Flüchtlinge ganz schnell alles möglich gemacht werde, "die halte ich für nachvollziehbar".

Aber dass Anwohner von den Gegnern der Erstaufnahmeeinrichtung gewarnt werden, Flüchtlinge könnten bald "mit Ihren Kindern in Bus und Zug sitzen"? Das sei "natürlich Blödsinn", sagt Saborowski-Richter, man habe halt immer welche dabei, die generell keine Ausländer in ihrem Umfeld wollten. Die Mehrzahl denke aber so nicht.

Seit es in Einsiedel nicht mehr darum geht, dass keine alleinstehenden Männer kommen sollen, sondern die Demonstranten offen sagen, dass Flüchtlinge generell nicht willkommen seien, und sie immer wieder die Zufahrtswege zum Gelände blockieren, geht die CDU-Abgeordnete nicht mehr mit. Dass die Demonstrationen, an denen sie teilgenommen hat, von NDP-Leuten und bekannten Rechtsextremisten angemeldet wurden, reichte ihr für eine Distanzierung nicht aus.

Auch mit den Vorwürfen, die Behörden würden lügen, wenn es um die Flüchtlinge gehe, geht sie entspannt um. Dass bei einer Besichtigung der Unterkunft in Einsiedel nicht alle Gebäudeteile gezeigt worden und die Zimmer mit frisch gestrichenen Wänden verschlossen geblieben seien, sei eben "ein Riesenfehler" gewesen, der die Leute zu Recht erbost habe. Sie hoffe, dass es vor Ort "nicht zu Gewalt" kommt, sagt Saborowski-Richters. Dass sie den "Widerstand" aber lange Zeit durch ihre Anwesenheit legitimiert und vielleicht sogar angeheizt hat, das kommentiert sie nicht.

Wir hier unten gegen die da oben: Das ist die Strategie der Schweigemarschierer und Pegidisten. Ob die Strategie von Fischer, Saborowski-Richter und anderen sächsischen CDUlern aufgeht, dieses Reservoir durch Annäherung aufzufangen, darf bezweifelt werden. Schließlich gehören sie aus Sicht der Flüchtlingsgegner zum politischen Establishment oder zumindest zu denen, die nichts dagegen tun, dass immer mehr Migranten kommen.

Alte Bekannte

Dass es in Teilen der Sachsen-CDU so wenig Abgrenzung zu Ausländerfeinden gibt, dürfte aber nicht nur daran liegen, dass man einige Positionen teilt. Es hat auch mit einer gewachsenen Nähe zu tun. Für Daniela Kuge etwa, Meißner Landtagsabgeordnete, ist Pegida-Organisator Siegfried Däbritz einfach nur "der Siggi". Sie kenne ihn seit Jahren, privat halte sie ihn für "einen herzensguten Menschen", auch wenn ihr seine Pegida von Anfang an "suspekt" gewesen sei.

Auch Fischer und Saborowski-Richter erzählen, dass viele, die heute bei Pegida mitliefen oder gegen Ausländer demonstrierten, alte Bekannte seien. Eine deutliche Abgrenzung fällt da offenbar schwer. Wie weit die gemeinsame Geschichte geht, machte Nico Köhler, CDU-Ortsvorsitzender in Grüne-Mittelbach, jüngst in einem Interview deutlich. Mit einem der Organisatoren des Einsiedler Protests, der Kontakte zur Terrorgruppe NSU gehabt haben soll, sei er gemeinsam in einer Chemnitzer Plattenbausiedlung aufgewachsen – und überhaupt verweigere er "als Demokrat niemandem das Gespräch".

Wenn aber Abgeordnete dem System, das sie vertreten, selbst die Unterstützung entziehen, ist Sorge angebracht. Auch Daniela Kuge sorgte für Aufsehen, als sie bei einer Veranstaltung sagte, Bürger sollten sich gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte "wehren", indem sie Briefe und Petitionen schrieben. Kuge sagt, dieser Satz sei gefallen, als Teilnehmer der Veranstaltung angekündigt hätten, sie würden die Heime anzünden. Da habe sie deeskalieren wollen. Zurück nimmt sie die Aufforderung jedoch nicht.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-12/cdu-sachsen-pegida-sebastian-fischer-abgeordneter>